

Atomkraft verteuert Baselbieter Strom

Strompreise Die geplante AKW-Stilllegung kommt vor allem die einfachen Konsumenten teuer zu stehen

VON DANIEL HALLER

Die Strompreise im Baselbiet schlagen auf: Bei der Elektra Birseck Münchenstein (EBM) im Schnitt um 1,5 Rappen und bei der Elektra Baselland (EBL) um 0,95 Rappen pro Kilowattstunde. Der Hauptgrund: Atomstrom wird teurer.

Das wirft Fragen auf, denn das Standardprodukt der beiden Elektras stammt zu 95 Prozent aus Gross-Wasserkraftwerken und zu 5 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen wie Sonne, Wind oder Biomasse. Im Klartext: 0,0 Prozent Atomstrom – und trotzdem sollen alle Kunden mitbezahlen. Warum?

Kompliziertes Meccano

EBL und EBM sind beide als Aktionäre an der Alpiq AG beteiligt und haben mit dieser langfristige Stromlieferverträge. Sie beziehen von der Alpiq sowohl Atom- als auch Wasserstrom. Dafür verrechnet die Alpiq den Baselbietern den Gestehungspreis. Dabei unterscheidet sie nicht zwischen unterschiedlichen Stromsorten. Es handelt sich um eine Mischkalkulation.

Die Alpiq ist ihrerseits an den Atomkraftwerken (AKW) Leibstadt und Gösgen beteiligt. Diese werden dereinst stillgelegt, zurückgebaut, und die radioaktiven Materialien müssen in einem Endlager untergebracht werden. Im Gegensatz zu anderen Technologien fallen also auch nach der Stilllegung Kosten in Milliardenhöhe an.

Dafür müssen die Kraftwerksbetreiber jährlich Geld in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds einzahlen. Welche Summe nach einer angenommenen Laufzeit von 50 Jahren im Fonds vorhanden sein soll, berechnet oder schätzt der Bundesrat alle fünf Jahre neu.

Diese Fonds funktionieren wie eine Pensionskasse: Das eingezahlte Kapital und die damit erwirtschaftete Rendite gehören dem Kraftwerksbetreiber. Zugriff hat er aber erst, wenn er das AKW abschaltet. Und wie bei Pensionskassen fallen wegen der aktuellen Tiefst- und Negativzinsen die realen Renditen tiefer aus, als wenn man mit der kalkulatorischen Verzinsung von jährlich 3,5 Prozent rechnet, wie sie in der entsprechenden Verordnung des Bundes festgelegt wurde.

Verlust für die Genossenschaft

Die EBM begründet ihren Preisaufschlag damit, «dass die Kraftwerke Leibstadt und Gösgen beschlossen haben, ihre



Wertberichtigungen bei den Atomkraftwerken Gösgen (Bild) und Leibstadt schlagen auf die Strompreise im Baselbiet durch. KEYSTONE

Ansprüche gegenüber den staatlichen Stilllegungs- und Entsorgungsfonds neu auf der Basis Marktwert zu bilanzieren». Die EBL bestätigt diesen Mechanismus.

Der Alpiq-Pressesprecher Andreas Meier betont, dass es nicht um einen Fehlbeitrag im Stilllegungs- und Entsorgungsfonds gehe, «sondern nur darum, wie das Fonds-Guthaben in der Bilanz abgebildet wird». Allerdings betrug die Differenz zwischen dem kalkulatorischen Buchwert und dem effektiven Marktwert der Alpiq-Ansprüche Ende 2014 110 Millionen Franken. Diese werden auf die Gestehungskosten des Atomstroms abgewälzt. Diese stiegen gemäss Meier von 3.39 Rappen im Jahr 2014 auf 5.12 Rappen im Jahr 2015. Also steigen auch die Kosten für Unternehmen wie EBL und EBM.

Dass die daraus resultierende Preissteigerung auch Endkunden trifft, die atomfreien Strom beziehen, ist in der Stromversorgungsverordnung geregelt: Die Gestehungskosten müssen auf alle Kunden in der Grundversorgung umgelegt werden.

Auch das Bundesgericht habe entschieden, Mehrkosten seien auf alle Kunden in der Grundversorgung umzulegen, erklärt Tobias Andrist. «Grosskunden, die Strom zu den tieferen europäischen Marktpreisen beziehen, können vor den Aufschlag dagegen nicht verrechnen», berichtet das EBL-Geschäftsleitungsmitglied. «Die daraus resultierenden Verluste muss die Genossenschaft tragen.»

Andrist und Meier weisen auf einen weiteren Aspekt hin: Dass die Fonds-Guthaben der AKW-Betreiber künftig zum

Marktwert in den AKW-Bilanzen auftauchen, mache den Strompreis volatil. Die Gestehungskosten werden also in Zukunft zumindest teilweise bestimmt durch die Fonds-Rendite und somit durch die Entwicklung der Finanzmärkte.

«Mär vom billigen Atomstrom»

Skeptisch äussert sich der Binniger Rechnungslegungs-Experte Kaspar Müller. Er hat bereits in der Vergangenheit die Bilanzierungspraxis der AKW-Betreiber kritisiert. «Dass die Differenzen aus der früheren Fehlbewertung nun per «Methodenwechsel» auf Kunden in der Grundversorgung überwälzt werden, ist stossend.» Allerdings zeige der Vorgang auch: «Die Mär vom billigen Atomstrom findet nun ihr Ende.»

68

Franken Mehrkosten pro Jahr müsste ein 4-Personen-Haushalt wegen der Strompreiserhöhung bezahlen, schreibt die EBM.

«Dass die Differenzen aus der früheren Fehlbewertung nun per «Methodenwechsel» auf Kunden in der Grundversorgung überwälzt werden, ist stossend.»

Kaspar Müller Finanzexperte

Pegoraro in Erklärungsnot

Allschwil Weil der Kanton die Sanierung der Baslerstrasse immer wieder hinauszögerte, muss die Gemeinde mit ihrem Strassenprojekt zuwarten.

VON JULIA GOHL

«Wenn wir die Sanierungen der Baslerstrasse und des Hegenheimerweges unter einen Hut bringen, ist das eine Meisterleistung», sagte Regierungsrätin Sabine Pegoraro (FDP) am Montagabend im Rahmen des Infoanlasses «Verkehrskollaps in Allschwil». Über den Titel habe sie lachen müssen, sagt die Regierungsrätin. Den Verkehrskollaps habe man schon befürchtet, als sie vor rund 20 Jahren selber in Allschwil wohnte.

Den Allschwilern scheint nicht zum Lachen zumute zu sein ob der Befürchtung, die dringend notwendigen Sanierungen an den zwei wohl wichtigsten Strassen der Gemeinde könnten zum Zusammenbruch des Verkehrs führen. Jedenfalls kamen die Gäste am Montagabend so zahlreich, dass nicht einmal für alle ein Sitzplatz vorhanden war, und stellten reichlich Fragen. Pegoraro wiederholte immer wieder, dass der Kanton sich bemühe, die Verkehrssituation in Allschwil zu verbessern, oder dass die Baslerstrasse ein wichtiges Projekt sei, das Priorität genieße. Trotzdem fielen zahlreiche kritische Voten, auch aus den eigenen Reihen: Der

einstige FDP-Landrat Hanspeter Frey etwa ärgerte sich darüber, dass offenbar die Anregungen, die eine Allschwiler Delegation bei der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) eingebracht hatte, nicht berücksichtigt worden seien.

Pegoraro beschwichigte: Die Pläne, die sie am Montagabend präsentierte, seien noch nicht definitiv. So konnte sie auch Fragen zu Umleitungen und Strassensperrungen noch nicht im Detail be-

«Die Sanierung der Baslerstrasse ist wohl eines der umstrittensten Projekte der Bau- und Umweltschutzdirektion.»

Sabine Pegoraro Regierungsrätin BL

antworten. Es werde unter anderem von Umleitungen über die Binnigerstrasse, die Spitzwaldstrasse und den Hegenheimerweg ausgegangen.

Gemeinde in Startposition

Damit Letzteres überhaupt möglich ist, muss die Gemeinde wohl mit der Sanierung der Strasse durch das Bachgrabengebiet, eines der wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungsgebiete des Kantons, zuwarten. Dort sollen in den nächsten Jahren 5000 neue Arbeitsplätze entstehen, weshalb bei der Sanierung auch die Leistungsfähigkeit der Strasse erhöht wird. Momentan geht die Gemeinde da-

von aus, dass sie anfangs 2018 startklar wäre. Durch die Verzögerungen beim Kanton genau dann, wann auch die Sanierung der Baslerstrasse beginnen soll.

«Wir werden das aufeinander abstimmen», versprach der Allschwiler Gemeinderat Robert Vogt den Gästen am Infoanlass. Das heisst: «Falls durch irgendwelche Umstände die Sanierung der Baslerstrasse nicht wie geplant beginnen kann, wollen wir in die Bresche springen und mit den Arbeiten am Hegenheimerweg beginnen.» Deshalb werde das Projekt weiter vorangetrieben. «Also doch kein Kollaps», warf Pegoraro ein.

Das vermochte manche Gäste nicht zu besänftigen. «Was läuft schief?», erbot sich etwa eine Zuschauerin. «Es ist ihr Job, das zu planen.» Sie habe nicht gewusst, dass der politische Widerstand gegen die Sanierung so gross sein würde, erwiderte Pegoraro. 2014 noch begründete sie die Verschiebung mit den finanziellen Engpässen des Kantons. Am Montag kam dies nicht zur Sprache. Stattdessen sagte Pegoraro, die Stimmung sei positiv gewesen, als sie zum ersten Mal in Allschwil über die Sanierung informierte. «Aber dann kamen sehr viele Einsprachen.» Für den Abschnitt Morgartenring bis Maiengasse seien diese nun bereinigt. Die Nagelprobe sei die Beantragung des Baukredits im Landrat, für die sie keine Einschätzung abgeben wollte. «Die Sanierung der Baslerstrasse ist wohl eines der umstrittensten Projekte der BUD.»

«Läufelfingerli» im Kantonsrat

Solothurn wehrt sich für die S 9

Nicht zum ersten Mal steht der Betrieb des «Läufelfingerli», der Bahn zwischen Olten und Sissach, zur Debatte. Ab 2018 soll die Zugverbindung auf einen Busbetrieb umgestellt werden – so will es eine Gesetzesvorlage der Baselbieter Regierung. Damit sollen Kosten gespart werden. Im Solothurner Parlament haben sich gestern indes Kantonsräte aus allen politischen Lagern für den Erhalt des Läufelfingerli starkgemacht.

Gerade für viele Trimbacher sei die Bahn über Trimbach nach Olten und weiter über Läufelfingen bis nach Sissach eine ideale Verbindung, betonte Karl Tanner (SP) im Kantonsrat. Die Busse, die unten im Dorf verkehren, seien keine Alternative. «Bei der Schliessung der Bahnlinie und der Umstellung auf einen Busbetrieb werden deshalb viele Trimbacher auf das Auto umsteigen», lautet seine Prognose. Der Trimbacher Gemeindepräsident ist im Co-Präsidium des Ende Juni gegründeten Komitees «Pro Läufelfingerli» vertreten. Das gleiche gilt für Felix Wettstein (Grüne, Olten). Als Sprecher der Grünen betonte Wettstein, dass dem Komitee gleich die gesamte grüne Fraktion beigetreten sei.

Solothurn ist Juniorpartner

«Ein Bus über den Hauenstein nimmt mehr Zeit in Anspruch und dürfte deshalb wohl oft auch leer unterwegs sein», vermutet Wettstein. Um die Kosten der Bahn richtig beurteilen zu kön-

nen, müsse man die erst kürzlich getätigten Investitionen in die Bahnlinie berücksichtigen. Aus Sicht beider Kantone erachtet es Wettstein für sinnvoll, wenn statt des aktuellen Stundentakts der Bahn im Homburgertal zusätzlich, um eine halbe Stunde versetzt, eine Buslinie verkehrt. Durch den Hauenstein indes genüge der Stundentakt.

Auch für SVP-Sprecherin Jacqueline Ehrsam (Gempfen) bedeutet das Läufelfingerli einen «wichtigen Anschluss» nach Olten. «Eine Busverbindung über Wisen und Hauenstein nach Olten würde viel zu lange dauern.» Unklar sei, ob die Umstellung auf den Bus wirklich eine Kosteneinsparung bedeute.

Weil der Grossteil der Strecke auf Baselbieter Boden liege, habe der Kanton Solothurn nur wenig zu sagen, bedauerte Dieter Leu (CVP, Rickenbach) namens der grossen Mittefraktion (CVP, EVP, GLP, BDP). «Die Bahn soll weiterfahren», forderte aber auch er. Die Regierung solle sich für eine gute Lösung einsetzen und nicht einfach nur den Entscheid des Kantons Basel-Landschaft hinnehmen, forderte FDP-Sprecher Heiner Studer (Nunningen).

Solothurn sei mit rund 20 Prozent nur «Juniorpartner» in dieser Sache, antwortete Regierungsrat Roland Fürst (CVP). Der Kanton biete trotzdem nur Hand zu einer Lösung, wenn das Angebot und die finanziellen Bedingungen stimmten. Es müssten aber auch noch Alternativen geprüft werden. (ESF)